

4381/AB XXIII. GP

Eingelangt am 14.07.2008

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Landesverteidigung

Anfragebeantwortung



Mag. Norbert DARABOS
BUNDESMINISTER FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

1090 WIEN
Roßauer Lände 1
norbert.darabos@bmlv.gv.at

S91143/107-PMVD/2008

11. Juli 2008

Frau

Präsidentin des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Maier, Genossinnen und Genossen haben am 29. Mai 2008 unter der Nr. 4454/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Amtshaftungsverfahren in Österreich – Entschädigungen – Entwicklung" gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1 bis 4:

Im Kalenderjahr 2000 betrafen 14 Klagen nach dem AHG das BMLV, 2001 sieben, 2002 sechzehn, 2003 elf, 2004 acht, 2005 fünf, 2006 vier und 2007 zwanzig. Detailliertere Auskünfte im Sinne der Fragestellung wären erst nach händischer Durchsicht von mehr als achthundert zum Teil bei der Finanzprokuratur, zum Teil in meinem Ressort abgelegten Originalakten möglich. Im Hinblick auf den damit verbundenen, unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand ersuche ich um Verständnis, dass ich von einer detaillierteren

Beantwortung Abstand nehme. Insoweit Daten verfügbar sind, verweise ich auf die nachstehende Übersicht:

Sprengel	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Wien								
Verfahrensanzahl	3	2	2	1	1	1	1	16
Klagssumme				31625,70	1.021.133,90	3.000,00	35360	80.000,00
Zahlung				0,00	0,00	0,00	g.*)	g.*)
Graz								
Verfahrensanzahl	0	2	2	0	1	0	1	0
Klagssumme					26.417,59		9.076,00	
Zahlung					0,00		g.*)	
Klagenfurt								
Anzahl d. Verfahren	2	1	0	0	1	2	0	3
Klagssumme					5.000,00	80.870,00		34.284,00
Zahlung					4.000,00	64.000,00		g.*)
Leoben								
Verfahrensanzahl	0	0	1	1	1	1	0	0
Klagssumme				3.650,00	6.440,00	5750,00		
Zahlung				1.900,00	6.440,00	0,00		
Wels								
Verfahrensanzahl	0	0	1	0	0	0	0	1
Klagssumme								7.500,00
Zahlung								0,00
Eisenstadt								
Verfahrensanzahl	1	0	1	0	1	1	1	0
Klagssumme					21.000,00	35.000,00	16.544,15	
Zahlung					23.903,00	35.000,00	g.*)	
Steyr								
Verfahrensanzahl	0	0	0	1	0	0	0	0
Klagssumme				10.000,00				
Zahlung				7.000,00				
Linz								
Verfahrensanzahl	2	0	4	0	1	1	0	0
Klagssumme					10.000,00	5050,00		
Zahlung					4.000,00	g.*)		
St Pölten								
Verfahrensanzahl	1	0	1	0	0	0	0	0
Krems								
Verfahrensanzahl	0	0	1	2	1	0	0	0
Klagssumme				23.406,00	5588,25			
Zahlung				10.000,00	5.800,00			
Korneuburg								
Verfahrensanzahl	1	1	0	1	0	0	0	0
Klagssumme				6.300,00				
Zahlung				5.000,00				

Wr. Neustadt

Verfahrensanzahl	0	0	0	2	0	0	0	1
Klagssumme				21.700,00				15.000,00
Zahlung				2.000,00				g. *)

Salzburg

Verfahrensanzahl	1	1	1	2	0	0	0	0
Klagssumme				6.386,00				
Zahlung				0,00				

Ried/Innkreis

Verfahrensanzahl	1	0	1	0	0	1	0	0
Klagssumme						1.880,00		
Zahlung						1.780,00		

Innsbruck

Verfahrensanzahl	2	0	1	1	0	0	0	1
Klagssumme				10.000,00				23.240,00
Zahlung				0,00				g. *)

*) noch gerichtsanhängig;

Feststellungsbegehren wurden mit €20.000 berücksichtigt, soweit sie nicht von den Klägern beziffert wurden. Bei den die Klagsbeträge übersteigenden Zahlungen wurden Feststellungsbegehren mit abgegolten.

Zu 5 und 8:

Auf Grund der ressortinternen Aufzeichnung, ausgenommen die Jahre 2000 bis 2002, für die keine statistischen Aufzeichnungen vorliegen, wurde in einem Fall im Jahr 2004 in Höhe der Forderungssumme von 60.000 Euro gerichtlich Regress genommen. In nachstehenden Fällen konnten eine außergerichtliche Einigung getroffen werden: Ein Fall im Jahr 2003 mit der Forderungssumme von 18.235,51 Euro, 2004 in insgesamt drei Fällen mit einer Gesamtsumme von 4.044 Euro, 2005 ein Fall mit 500,00 Euro und im Jahr 2007 drei Fälle mit einer Gesamtsumme von 62.500 Euro. Für das Jahr 2006 ist kein Fall evident.

Zu 6 und 7:

Hiezu verweise ich auf nachstehende Übersicht:

Jahr	Anzahl	Forderungen	anerkannte Beträge
2000	50	580.717,42 Euro	*)
2001	45	177.966,00 Euro	*)
2002	59	617.439,00 Euro	*)
2003	55	276.772,15 Euro	95.514,95 Euro
2004	73	644.814,67 Euro	128.905,25 Euro

2005	65	320.564,10 Euro	60.430,97 Euro
2006	75	344.321,08 Euro	73.816,89 Euro
2007	72	419.061,05 Euro	60.490,63 Euro

*) Für die Jahre 2000 bis 2002 liegen keine Aufzeichnungen über anerkannte Beträge vor.

Eine Aufschlüsselung nach Gerichtssprengeln und Anzahl der Fälle im Sinne der Fragestellung könnte – wenn überhaupt möglich – nur mit unverhältnismäßig hohem Verwaltungsaufwand erhoben werden. Aus diesem Grund ersuche ich um Verständnis, dass ich von einer detaillierteren Beantwortung Abstand nehme.